

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die 1. Spalte 1,00 Gulden, die 2. Spalte
0,50 Gulden, die 3. Spalte 0,30 Gulden, die 4. Spalte
0,20 Gulden, in Deutschland 0,20 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
nach dem Danziger Taraxkurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 170

Mittwoch, den 23. Juli 1924

15. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Die Wendung in London.

Das Eingreifen des Finanziers. — Ein neues Kompromiß in der Sanktionsfrage.

Die Londoner Verhandlungen haben eine sensationelle Wendung genommen. Die amerikanischen Geldgeber, die für die Durchführung des Dawes-Berichtes in erster Linie in Frage kommen, haben sich gegen das Londoner Kompromiß und die Forderung Frankreichs auf das Recht nach Sanktionen erklärt. Die Einwände der internationalen Finanziers richten sich nicht nur gegen die Einschaltung der Reparationskommission bei der Feststellung deutscher Verfehlungen, sondern vor allem gegen die Möglichkeit eines separaten Vorgehens einzelner Mächte im Falle deutscher Unterlassungssünden. Das ergibt sich aus dem inzwischen veröffentlichten Wortlaut des Protokolls der ersten Kommission ganz deutlich. Es gestattet zweierlei Auslegungen, und zwar die Berechtigung zu einem geschlossenen Vorgehen als auch die Annahme zur Berechtigung separater Aktionen. Diese Möglichkeit der Auslegung wird von der französischen Delegation nicht bestritten, sondern sogar als richtig bezeichnet. Außerdem richtet sich der Widerstand der internationalen Finanziers gegen das Verlangen der französischen Delegation, einen Teil der Regie im besetzten Gebiet aufrechtzuerhalten. Schließlich verlangt insbesondere der Präsident der Bank von England die Einbindung Deutschlands als gleichberechtigten Teilnehmer an den abschließenden Verhandlungen.

Am Dienstagmittag haben sich die Führer der einzelnen Delegationen unter dem Vorsitz Macdonalds mit der durch die Forderungen der Finanzwelt geschaffenen Lage beschäftigt. Außerdem fanden Beratungen sämtlicher alliierter Finanzfachverständigen mit dem Gouverneur der Bank von England, Montague, dem Vertreter des amerikanischen Bankhauses Morgan, Mackenna, und einem Vertreter der Londoner City statt. Die Finanziers forderten, daß in Zukunft Sanktionen nicht mehr in militärischer Befugnis bestehen dürfen.

In der Ministerpräsidentenbesprechung hat der belgische Ministerpräsident Thonnis folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht:

1. Die Repko stellt unter Einwirkung des mitberechtigten amerikanischen Privatmannes eine Nichterfüllung fest.

2. Die Repko wird alsdann den Generalagenten für die Reparationen und einen Vertreter der Zeichner der deutschen Reparationsanleihe befragen, ob Deutschlands Nichterfüllung eine vorläufige sei oder durch technische Mängel unvermeidlich war.

3. Wird der vorläufige Charakter der deutschen Nichterfüllung bejaht, ist also der Fall der Anwendung von Sanktionen gegeben, so beruft die Reparationskommission einen Sachverständigenausschuß ein, der aus Mitgliedern des Dawes-Ausschusses zusammengesetzt sein müßte. Dieser Ausschuß hat dann ein Gutachten zu erteilen, welche Sanktionen am besten geeignet sein würden, Deutschland zur Erfüllung des Dawes-Planes zu nötigen.

Die vorgeschlagene Lösung läuft darauf hinaus, daß die Reparationskommission bei ihren Beschlüssen über die Feststellung etwaiger deutscher Verfehlungen an das Gutachten einer vor ihr selbst eingehenden zweiten Instanz gebunden sein soll, die, wie man in Paris annimmt, entweder das Finanzkomitee des Völkerbundes oder eine aus den ehemaligen Mitgliedern des Komitees Dawes zusammengesetzte besondere Kommission sein wird. Man glaubt, damit die Form gefunden zu haben, die sowohl die Autorität der Reparationskommission wahrt, wie die Ansprüche der internationalen Finanz befriedigt. Dagegen scheint für die von den Geldgebern verlangte Garantie gegen französische Sonderaktionen vorläufig nicht ohne weiteres eine endgültige Lösung gefunden zu werden.

Die französische Auffassung über das Kompromiß.

Die Pariser Presse betrachtet das Eingreifen der Finanziers nicht als tragisch, sondern findet sich allgemein mit der Tatsache ab, daß die Fragestellung jetzt lautet: entweder die Forderungen der Anleihezeichner abzulehnen, die Durchführung des Gutachtens zu gefährden und selbst keinen Pfennig Geld zu erhalten, oder aber ihrem Verlangen Rechnung tragen, die Durchführung des Gutachtens zu ermöglichen und so der Rasse des französischen Staates Mittel zu verschaffen. Auch die französischen Nationalisten sehen ein, daß es notwendig ist, den Weg der Vernunft zu beschreiten und den Forderungen der Geldgeber Rechnung zu tragen. So hat das Eingreifen der englischen und amerikanischen Bankiers in London die französischen Nationalisten vorläufig in eine Lage gebracht, in der sie den französischen Ministerpräsidenten wegen des voranschreitenden Ergebnisses der Londoner Beratungen nicht ohne weiteres anzugreifen vermögen.

Der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz hat gezeigt, daß die französische Delegation unter Berücksichtigung der innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich operierte. Perriot schloß ein Kompromiß zwischen den politischen Forderungen des nationalen Blocks und der eigenen politischen Überzeugung. Im allgemeinen sieht er die sich aus diesem Kompromiß ergebenden Auffassungen durch. Die Beratungen der ersten Kommission waren bereits beendet — Perriot hatte vieles erreicht, als die Finanziers ihre Einwände geltend machten. Praktisch ergab sich nun folgendes Bild: Per-

riot hatte das Mögliche für Frankreich erreicht, wenigstens soviel, wie Poincaré jemals hätte durchsetzen können. Die Presse des nationalen Blocks hat das sehr wohl eingesehen, indem sie auf eine Opposition gegen die Haltung der französischen Delegation in London verzichtete. Poincaré müßte sich also als aktiver Ministerpräsident in diesem Augenblick genau wie Perriot den bestehenden Tatsachen beugen, wenn er nicht die Durchführung des Sachverständigengutachtens zum Scheitern bringen wollte. Die Taktik der Bankiers hat also, politisch gesehen, zunächst Poincaré und seinen nationalen Block matiggestellt und die innerpolitische Stellung Perriots gefährdet.

Die Einladung Deutschlands.

Noch keine Einigung darüber.

Die Einladung der deutschen Regierung zur Londoner Konferenz war am Dienstag Gegenstand eines neuen inoffiziellen Meinungsaustausches zwischen den alliierten Regierungschefs. Die englische Delegation ist gebeten worden, ihre Auffassung über diese Frage schriftlich niederzulegen. Die juristischen Sachverständigen der Konferenz haben darüber am Dienstag abends beraten. Die alliierten Ministerpräsidenten sollen in ihrer für Mittwoch anberaumten Sitzung einen endgültigen Beschluß fassen. Ueber die Haltung Frankreichs heißt es in einem offiziellen Communiqué: Die französische Delegation werde von dem Urteil ihrer juristischen Ratgeber die Entscheidung abhängig machen, ob die deutsche Delegation unmittelbar von der Konferenz oder in einem späteren Zeitpunkt von der Reparationskommission zu hören sei. Auf jeden Fall aber werde man von französischer Seite eine Diskussion mit Deutschland erst zulassen, wenn die Konferenz zu einer Verständigung über die Beschlüsse der drei Kommissionen gelangt sei.

Andauernde Seuberung der Kommunisten in der Internationale.

Auf das große Schaulager der kommunistischen Internationalen Kongresses in den zaristischen Prunkpalästen des Moskauer Kreml folgt jetzt eine Reihe fast tragikomisch zu nennender Nachgerichte. Die hohe Exekutive hat sich erneut versammelt und beschließt darüber, wer auf Grund der Beschlüsse des Weltkongresses aus der alleinigmächtigenden

Kirche auszuschließen sei. Die Zahl der Sünder ist groß, es gibt kein Land, in dem nicht die Hohenpriester der Komintern die Splitter in dem Auge ihrer nächsten Brüder zu entdecken vermöchten. Eigentlich müßte sie alle hinausgeworfen werden, die Radet, Brandler, Sméral usw., aber auch in der kommunistischen Kirche ist der Opportunismus zu Hause. Der Finanzmuffel vollzieht sich nicht nur entsprechend den Sünden und Missetaten, sondern ist auch abhängig von der organisatorischen Stärke, die die einzelnen Sünder in ihren Parteien noch verkörpern. Soviel haben die Moskowiter doch schon begriffen, daß es nicht gut ist, noch mehr Anhang zu verlieren, als es dank Sinowjew in so vielen Ländern schon geschehen ist. So schwimmt der Oberopportunist Sméral immer noch lustig im Strome. Zwar ist er ein ärgerer Sünder als Radet, Brandler, Thalheimer und alle Menschewisten zusammen, aber noch hat er einen gewissen Einfluß in der höchsten kommunistischen Partei.

Aber da ist Boris Souvarine, der kleine große Führer der französischen Kommunisten, der Mann, der noch vor Jahresfrist Trotski ganz und Gachin beinahe hinauswarf. Heute ist er gänzlich einflußlos geworden. Sein Eintreten für Trotski auf dem Weltkongress, für denselben Trotski, der auf diesem Kongress nicht ein Wort geredet hat (!), mußte ihm das Genick brechen. Und so wird denn den Gläubigen Sinowjews in der „Humanité“ verkündet, daß Boris Souvarine aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen ist. Ein Jahr lang darf er in Sad und Mische Buße tun und vielleicht, wenn er es nicht macht wie Paul Levi, kann er auf dem 6. Weltkongress wieder in Gnaden aufgenommen werden.

Da ist auch Höglund, der schwedische Liebknecht, wie ihn die Bolschewisten früher nannten. Er ist des Opportunismus schon mehr als bringend verdächtig. Die Hohenpriester versammeln sich in Moskau. Thalmann, der Hamburger Revolutionär, erachtet über Höglunds Sünden Bericht, die zahlreicher sind, denn der Sand am Meer und erklärt, daß Höglund unbedingt zu Kreuze kriechen und seine eigene Dämonisierung durch die Exekutive schleppen müsse. Aber Höglund vertritt die Mehrheit seiner Partei, die „Linken“, scheinen selbst Sinowjew und Kompanie nicht gerade erstklassige Leute zu sein und so versucht man es noch einmal mit gutem Zureden. Höglund erklärt jedoch nach dem Bericht der „Prawda“, daß er des „Unmöglichen nicht möglich machen kann“. Er hat die Mehrheit seiner Partei hinter sich und offenbar denkt er nicht an eine Unterwerfung. Also auch Höglund wird hinausgeworfen werden müssen, und damit wird die kommunistische Partei Schwedens, diese ungeschulte „Avantgarde der Weltrevolution“, von neuem gespalten.

Polens Krieg gegen die Minderheiten.

Aus Polen wird uns geschrieben:

Nach Abschluß des großen Krieges ist dem polnischen Volke, das über ein Jahrhundert lang in Anarchie lebte, volle Gerechtigkeit zuteil geworden. Das polnische Volk erhielt sein eigenes Staatswesen. Die Erwartungen waren übererfüllt worden, denn die Grenzen des neuen polnischen Staates wurden weiter gestreckt, als sich in seiner großen Masse bereits in sein Schicksal gefunden oder aber mit Autonomiebestrebungen auftraten gegeben hatte.

Der so geschaffene polnische Staat enthält in der Zahl von 27 Millionen Einwohnern etwa 12 Millionen Nichtpolen. Diese 12 Millionen Minderheiten setzen sich aus Völkern zusammen, die zum Teil eine höhere, zumindest aber eine der polnischen Bevölkerung gleichwertige Kultur besitzen. Der neue polnische Staat ist ein typischer Nationalitätenstaat, als solcher war er gedacht und geschaffen worden, als solcher und nur als solcher sollte er bestehen. Das demokratische Europa erwartete von dem polnischen Volke volles Verständnis für seine neuen Staatsaufgaben, die darin bestanden, eine freilebende Staatsorganisation aufzubauen, an deren Verwaltung alle den Staat bewohnenden Völker mit gleichen Rechten teilzunehmen hätten, ein gemeinsames Vaterland für alle diese Völker zu schaffen, in dem sie sich wohl und glücklich fühlen könnten.

Die Erwartungen, die an das Wiedererstehen des polnischen Staates geknüpft wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Das polnische Volk hat das Wesen des neuen Staates nicht verstanden, es hat sich den Geist und die Methoden seiner ehemaligen Bedrücker aneignet und ist selbst zum Bedrücker geworden. Polen sollte das leuchtende Beispiel eines neuzeitlichen Staatsgebildes werden, in dem die Völkerverbündung in die Tat umgesetzt werden sollte, doch leider ist Polen heute zum abschreckenden Beispiel geworden. In Europa weiß man heute mit Pinaern auf unseren Staat und hält ihn für unfähig, seinen Aufgaben gerecht zu werden.

Polen hat den Minderheitenschutzvertrag unterzeichnet, der ihm von den Verbündeten zur Bedingung seiner Selbstständigkeit gemacht wurde. Die Unterzeichnung Polens hat sich als wertlos herausgestellt, denn die Bestimmungen des Vertrages werden nicht beachtet, ja man möchte am liebsten diesen „unbequemen“ Vertrag ganz von sich abschütteln. Wenn Polen seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachkommt, ist es da ein Wunder, daß seine Autorität sinkt und das Vertrauen zu Polen im Ausland untergraben wird?

Polen hat sich eine Konstitution gegeben, die den Minderheiten die Freiheit ihrer freien politischen Entwicklung garantiert. Diese Konstitution ist nicht weiter als ein altes zerbrochenes Instrument für das Ausland. Hier im Lande wird sie mit Füßen getreten von jedem Polak, von jedem Starosten, ja von jedem Minister. Was nützt es, daß die Konstitution die bürgerlichen Freiheiten und die Gleichberechtigung verbürgt? Hier im Lande herrscht allein die Gewalt der blinde Nationalismus! Die maßgebenden

politischen Kreise in Polen sind versucht durch die Ideologie des Nationalstaates, die ihnen die Unterdrückung der Minderheiten bis zur Vernichtung ihrer nationalen Existenz diktiert. Diese gänzlich falsche und den Tatsachen direkt widersprechende Auffassung von Polen als einem Nationalstaate hat sich so weit eingefressen, daß sogar demokratisch gekannte Kreise nur von Toleranz den Minderheiten gegenüber zu sprechen pflegen. Demgegenüber müssen wir erklären: Wir brauchen keine Toleranz! Wir haben ein Recht an diesen Staat, genau so wie jeder Pole. Wir wollen als völlig gleichberechtigte Bürger an ihm mitwirken, keine Geschilde mitbestimmen und ihn mitverwalten, ohne unser Volkstum preisgeben zu müssen.

Die den Minderheiten gegenüber geübte Unterdrückungspolitik konnte im Ausland nicht unbemerkt bleiben. Zwar versucht man das Ausland zu täuschen, indem man ihm die schönen Worte der Konstitution zeigt. Man verheißt die wahren Bevölkerungsverhältnisse zu verbergen durch den Mißbrauch der Volkszählung und durch die Schaffung einer Fiktion, die den Minderheiten nur einen Teil der ihnen zukommenden Mandate gewährt. Diese Politik der Lüge hat jedoch schmachvoll Schiffbruch erlitten. Die gerechten Forderungen der Minderheiten, die hier im Lande keine Erfüllung fanden, wurden notgedrungen ihren Weg über die Grenzen des Landes suchen, und heute hallt die ganze Welt wider von den Klagen der Minderheiten in Polen. Der Völkerbund ist heute im Besitze eines umfangreichen Materials über die Zustände in Polen, die Stimmung unter den Mitgliedern des Völkerbundes ist volentendisch, und die Folge ist — Polen verliert im Völkerbunde einen Prozeß nach dem anderen. Deutschland richtet an Polen eine Note in Sachen der Behandlung der Deutschen in Oberschlesien, Rußland wendet sich gegen die Bedrückung der Ukrainer und Weißrussen, die französischen Politiker, die heute aus Rußland gelangen, protestieren gegen die unwürdige Behandlung der politischen Gefangenen in Polen — von allen Seiten hagelt es Steinwürfe gegen Polen.

Unter dem Eindruck dieser von links und rechts, von Freund und Feind erteilten Schläge, sehen sich die maßgebenden Kreise in Polen endlich gezwungen, an eine Regelung der Minderheitenfrage zu gehen. Die polnischen Parteien beschäftigen sich mit dieser Frage, die Regierung hält Konferenzen ab, ja sie beruft sogar eine besondere Kommission. Sie sieht mit der Regelung dieser Frage befaßt sein. Aber dies ist gut und nützlich, aber die Hauptsache fehlt dabei — die Minderheiten selbst. Die Minderheiten werden zu keiner Konferenz hinzugezogen, auch in die Kommission zur Regelung des Minderheitenproblems wird kein einziger Vertreter der Minderheiten ernannt. Will man die Minderheitenfrage ohne die Minderheiten lösen? Dies ist unmöglich. Wir werden der Wahrheit näher kommen, wenn wir bekennen, daß man überhaupt nicht ernstlich daran denkt, den Ruß den Minderheiten gegenüber zu ändern. Alle Maßnahmen der Regierung erwecken den Eindruck, als ob

opfer des deutschen Volkes, die am 9. August aus Anlass der hundertjährigen Wiederkehr des Eintritts Deutschlands in den Weltkrieg benannt werden soll, ist im Auftrage der Reichserziehung eine Gedenkmünzmedaille angefertigt worden. Ihr Entwurf stammt von dem Berliner Bildhauer Herbert Fuchs. Die Medaille brüht den Medallion aus, daß der Lebensstrahl des Lebens in sich trägt. Das Gesicht ist ein aufsteigender Hügel, der sich über einem tiefen unteren Aussehen willigen Strahlen erhebt. Die Inschrift brüht auf einem dreieckigen Schild die Inschrift: „Dem lebendigen Geist unserer Väter 1914/18.“

Ein Kleinkampftag im Roten Hause.

Hausbesitzer und Regenwasser-Kanalisation. — Die Erhöhung der Krankenhaussätze wiederum abgelehnt. — Stiefkind Heubude. — Die Mißstände im Wohnungsamt.

Schwohl die Tagesordnung zur gestrigen Sitzung der Stadtbürgergerichte verhältnismäßig nur kleinere Angelegenheiten aufwies, kam es doch zu ausführlichen Debatten. Zunächst erhoben die Deutschnationalen gegen die Besprechung der Bauarbeiterausperrung mit ihren schmerzlichen Folgen für den Wohnungsbau Widerspruch, so daß diese wichtige Angelegenheit nicht zur Beratung kommen konnte. Dann gab es eine längere Auseinandersetzung über die geplante Verbesserung der Regenwasserableitung. Die Hausbesitzer wehrten sich gegen diesen Fortschritt mit Händen und Füßen. Doch es half ihnen nichts: die Vorlage des Senats fand durch die Unterstützung der Linken Annahme. Weniger Glück hatte der Senat wieder mit seiner Vorlage auf Erhöhung der Krankenhaussätze. Auch diesmal verfiel der Antrag des Senats der Ablehnung. Bereits zum dritten Male ist bereits eine Erhöhung der Krankenhausbeträge abgelehnt, so daß der Senat die Ausforschung seiner Bemühungen bald einsehen dürfte. Zum Schluß gab es noch Auseinandersetzungen über die Begehrhältnisse in und nach Heubude sowie über die oft merkwürdigen Maßnahmen des Wohnungsamtes. Es scheint dringend notwendig zu sein, daß die Geschäftsführung des Wohnungsamtes einmal gründlich unter die Lupe genommen wird.

Nach Eröffnung der Sitzung kam es zunächst zu einer kleinen Geschäftsordnungsdebatte über eine von Mitgliedern der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anfrage

über die Bauarbeiterausperrung.
Die Anfrage wollte vom Senat wissen, was er zu tun gedenke, um die Fertigstellung der Stadt-Wohnungsbau, die durch die Ausperrung gefährdet ist, zu ermöglichen. Diese Anfrage konnte nur als dringliche Anfrage zur Besprechung kommen, wenn nicht mehr als 5 Mitglieder der Stadtbürgergerichte widersprachen. Der rechten Seite des Hauses war jedoch die Anfrage außerordentlich unangenehm und so wurde von deutschnationaler Seite Widerspruch erhoben. Eine Besprechung dieser Angelegenheit konnte daher nicht erfolgen.

Die Versammlung beschloß anstehend sämtliche auf die Tagesordnung gestellten Vorlagen als dringlich zu erklären, da die Geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Frist für die öffentliche Einleitung der Sitzung nicht gewahrt war. Eine Beratung der Vorlagen war daher nur möglich, wenn sie als dringlich erklärt wurden. Zunächst wurden einige Resolutionen für Ausschüsse vorgenommen.

Eine längere Aussprache entspann sich über das vom Senat vorgelegte Ortschaftstatut über

die Entwässerung der Grundstücke.
Wie bereits mitgeteilt, soll für Ablauf der Regenwässer eine getrennte unterirdische Ableitung eingerichtet werden. In dem Ortschaftstatut ist vorgesehen, daß die Stadt die Anschlüsse von Straßenkanal auf Kosten der Grundbesitzer vornimmt. Oberbürgermeister begründete die Notwendigkeit der Vorlage. Die unterirdische Ableitung der Regenwässer in gesonderten Kanälen sei notwendig, um das Hauptkanalstystem zu entlasten und außerdem auch das Straßensystem besser in Ordnung halten zu können.

Gegen die Vorlage wurde von den Vertretern der Hausbesitzer stark Sturm gelaufen. Für die Deutsch-Danziger Volkspartei beantragte der Vertreter Steinhoff die Ablehnung dieser Vorlage, damit der Senat erst mit den Hausbesitzern Verhandlungen führe. Weiter beantragte er, daß nur die zwangswirtschaftsfreien Hausbesitzer zu den Kosten herangezogen würden. In dieselbe Reihe hieben auch die deutschnationalen Vertreter Scheller und Lange, die die Vorlage als starke Belastung des Hausbesitzes bekämpften.

Gen. Runge wies darauf hin, daß diese Verbesserung der Regenwasser-Ableitung schon längst erforderlich gewesen sei. Damit sei die einzige Großstadt deutscher Zunge, in der derart vorläufige Zustände herrschen. Die Interessenspolitik der früheren Hausbesitzerversammlungen habe beiderseits in dieser Hinsicht hemmend gewirkt. Wenn die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der öffentlichen Sitzung jetzt gegen die Vorlage Stellung nehmen, so steht dem entgegen, daß im Voraus sich alle Parteien, auch die Deutsch-Danziger Volkspartei, für die Vorlage ausgesprochen haben. Die soziald. Fraktion werde für die Vorlage stimmen, weil darin ein kultureller Fortschritt liege.

In der weiteren Aussprache sprach sich Kommunist Altkamer für die Vorlage aus. Der deutschnationale Vertreter Brunsen fordert ebenfalls Rücksichtnahme auf die Hausbesitzer. Senator Roste trat für die Vorlage ein und dem stimmte, daß Danzig endlich einmal aus dem Dornbusch herauskommen müsse.

In der Abstimmung wurde zunächst der Antrag auf Vertagung gegen 3 Stimmen (darin waren je ein Vertreter der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Deutsch-Danziger Volkspartei) abgelehnt. Der Antrag Steinhoff, nur die zwangswirtschaftsfreien Hausbesitzer mit der Kosten zu belasten, fand nur 3 Stimmen. Ebenso wurde ein Antrag Brunsen abgelehnt, der keine Mietskäufer ebenfalls von den Kosten befreit werden wollte. Ein Antrag Groß (Alba), der den Hausbesitzern eine Entschädigung der Kosten bis auf 5 Jahre verschaffen wollte, wurde erst mit 17 gegen 20 Stimmen abgelehnt und bei der Geschäftsordnungsmitteilung vorwändigen namentlichen Abstimmung ebenfalls mit 13 gegen 21 Stimmen. Die Vorlage wurde dann unverändert gegen die Mehrheit der deutschnationalen Stadtbürgergerichtsmitglieder angenommen.

Bei dem Antrage des Senats auf Bewilligung von weiteren 22400 Gulden zum Ausbau der Reithalle der ehemaligen Kriegsschule zur Turnhalle entspann sich eine kurze Auseinandersetzung über

die Benutzung der Turnhallen.

Gen. Behrendt wies zunächst darauf hin, daß die Vorlage dem Ausschuss für Leibesübungen nicht vorgelegen habe. Er verlangte dann Aufklärung, welche Stelle für die Benutzung der Turnhallen am Vereine zuständig sei. Wenn die Stadtbürgergerichte die Mittel für die Schaffung von Turnhallen bewilligen, so dürfte es nicht dem Bestehen eines Rektors überlassen bleiben, ob er die Turnhallen den Vereinen zur Verfügung stellen wolle oder nicht. Auch müßte bei der Anschaffung der Geräte auf das Vereinsvermögen Rücksicht genommen werden. Senator Strunk sagte die Zweckmäßigkeit dieser Wünsche zu und erklärte, daß die Turnhallen, soweit sie nur frei seien, den Vereinen zur Verfügung stehen sollen. Die Vorlage wurde angenommen, nachdem noch auf die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Spielplatzes in Reithallen hingewiesen worden war.

Auch die vom Senat eingebrachte Vorlage auf **Erhöhung der Krankenhaussätze** führte zu einer kurzen Aussprache. Bereits zum drittenmal hat der Senat den Antrag gestellt, die Krankenhaussätze zu erhöhen. Bisher hatte die Versammlung eine Erhöhung für die dritte Klasse ständig abgelehnt. Jetzt sollte nun eine Erhöhung aller Klassen um 15 Prozent erfolgen.

M. d. St. Groß erklärte, für eine Erhöhung der Sätze der dritten Klasse nicht eintreten zu können. Er schlug vor, Erparnisse in der Verwaltung und beim Einkauf der Lebensmittel vorzunehmen.

Gen. Behrendt wies auf die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hin. Diese ließen es nicht zu, die erwerbstätige Bevölkerung mit einer Erhöhung der Krankenhaussätze zu belasten. Die sozialdem. Fraktion könne einer Erhöhung der Sätze der dritten Klasse ihre Zustimmung nicht geben. Ein Personalabbau würde kaum durchführbar sein, da die Wärter bereits jetzt übermäßig in Anspruch genommen werden. Auch eine Erparnis an Lebensmitteln könne unter keinen Umständen gutgehen werden. Kommunist Klinger trat für die Aufhebung der Klasseneinteilung ein.

Staatsrat Stabe erklärte, daß es unmöglich sei, mit den jetzigen Sätzen, die bereits im November festgesetzt seien, auszukommen. Der Etat des Krankenhauses würde vollkommen erschüttert.

Trotzdem fand sich jedoch keine Mehrheit für die Vorlage, sondern sie wurde mit den Stimmen der Linken und der Deutschen Partei sowie einiger Zentrumsvorsteher mit 21 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Die Aufhebung der Klasseneinteilung wurde ebenfalls abgelehnt.

Ohne Aussprache wurden die Vorlagen auf Herstellung einer Wasserleitung für das Baugelände am Barbarafriedhof, der Standgeldertarif für den Domnits- und Weichnachtsmarkt, der Ausbau des Reitplatzes des Chodowietzweges und die Einrichtung einer Sammelheizung in der Knabenmittelschule Reusfahrwasser widerspruchsfrei angenommen.

Eine Anfrage von Stadtbürgergerichtsmitgliedern über die Begehrhältnisse in Heubude gab zahlreichen Rednern Gelegenheit, die alten Klagen über die schlechte Beschaffenheit der Wege und die mangelhafte Beleuchtung Heubudes vorzutragen. Stadtbaurat Viersen meinte dagegen, daß für Heubude außerordentlich viel Verbesserungen in der Stadt eingebracht seien. Wenn Heubude nicht eingemeindet worden wäre, hätte es nicht so viel tun können, als jetzt von der Stadt gechehen sei. Besonders wurde noch Klage geführt über

die Sperrung des Treidelweges.
Dieser bisher für Fußgänger an der Weichsel nach Heubude offene Weg ist jetzt von den anliegenden Industrieunternehmen gesperrt worden. Dabei soll auch in rigoristischer Weise gegen die Passanten vorgegangen sein. Senator Roste erklärte, daß eine weitere Benutzung des Weges infolge der zahlreichen Industrieanlagen nicht mehr möglich sei. Es werde anderweitig für Fußgängerverkehr gesorgt werden müssen.

Einer Anfrage wegen eines verkehrshinderlichen Umbaus in der Hauptstraße in Langfuhr folgte ein dringlicher Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion auf

Verlegung der Reithalle in Reusfahrwasser.

Gen. Zierke wies darauf hin, daß die in der Wilhelmstraße gelegene Reithalle die ganze Umgebung verpestete. Im Interesse der Volksgesundheit sei die sofortige Verlegung erforderlich. Die Versammlung stimmte dem Antrage einstimmig zu. Bei der Beratung der Eingaben entwickelte sich eine längere und heftige Aussprache über

die Praxis des Wohnungsamtes.
Es handelte sich um zwei Fälle, in denen zwei alleinstehende Damen sich weigerten, eine 6-Zimmer-Wohnung gegen eine 4-Zimmer-Wohnung umzutauschen. Von Senatsseite wurde dazu erklärt, daß keine Möglichkeit bestünde, alleinstehende Personen zur Aufgabe ihrer großen Wohnungen zu zwingen. Gen. Runge und Gen. Zierke wiesen demgegenüber mit allem Nachdruck darauf hin, daß der Senat resp. das Wohnungsamt gegenüber der minderbemittelten Bevölkerung eine derartige Rücksichtnahme nicht fenne. Es liegen Tausende von Fällen vor, in denen in der brutalsten Weise Arbeiter zur Räumung ihrer Wohnungen veranlaßt wurden, ohne daß für eine andere Unterkunft Sorge getragen worden war. Auch zurzeit seien etwa 22 Familien auf dem Pachthof obdachlos untergebracht. Der zur Debatte stehende Fall sei um so schwerer, als das Wohnungsamt den Damen unter Umgehung des zuständigen Wohnungsausschusses eine fast gleichwertige große Wohnung zugewiesen habe. Die Eingabe wurde zur weiteren Nachprüfung verlegt. Darauf trat die Versammlung gegen 7 1/2 Uhr in die geheime Sitzung ein.

Ermäßigung polnischer Visagebühren. Die hiesige diplomatische Vertretung Polens hat eine bedeutende Ermäßigung der Visagebühren für die in Danzig lebenden Nichtdeutschen, die zur Domborger Messe als Aussteller oder Besucher reisen wollen, genehmigt. Die Interessenten erhalten nach Vorzeigung eines Ausweises der amtlichen Danziger Vertretung der Domborger Messe die Einreisefreigabe gegen Zahlung von einem Viertel der Visagebühren, die zurzeit 25 Mark betragen.

Das diesjährige (1.) Gantlagersfest des Deutschen Arbeiterbundes (Hau Freikant Danzig) findet am Sonntag, den 3. August d. J., im hinteren Garten des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses statt. Das Programm bringt Einzel- und Gesamtgesänge für Männer- und gemischten Chor à cappella und mit Orchesterbegleitung. Den orchestralen Teil beitreitet die Schupfabelle unter Leitung von Ernst Stiebert. Den Beschluß der Veranstaltung bildet in hergebrachter Weise ein großer Festball in sämtlichen Sälen des Schützenhauses. Der Vorverkauf der Programme (mit Friederikert), die zum Eintritt berechtigen, beginnt Ende dieser Woche.

Schlachtviehpreise in Danzig. Am 22. Juli wurden folgende Preise amtlich festgesetzt. Rinder: Ochsen: Vollfleischige jüngere und ältere 41—44. Bullen: Ausgemästete höchsten Schlachtwertes 47—49, vollfleischige jüngere und ältere 40—42, mäßig genährte 39—41. Färsen und Kühe: Ausgemästete Färsen und Kühe höchsten Schlachtwertes 47—49, vollfleischige Färsen und Kühe 37—40, mäßig genährte Färsen und Kühe 20—24, Jungvieh einjähr. Ferkel 25—38. Kalber: Feinste Marktälter 20—25, gute Marktälter 16—23, mittlere Markt- und gute Gaugälber 14—20. Schafe: Marktämmer und jüngere Marktämmer 21—26, vollfleischige Schaf-

vögel 25—28, mäßig genährte Schafvögel 18—20. Schweine: Ferkelschweine über 150 kg Lebendgewicht 56—57, vollfleischige von 100—150 kg Lebendgewicht 55—56, fleischige von 75 bis 100 kg 50—53 für 50 kg Lebendgewicht. — Antrieb vom 15. bis 21. Juli: 22 Ochsen, 104 Bullen, 85 Kühe, zusammen 211 Rinder, 146 Kälber, 556 Schafe, 1296 Schweine. — Marktverlauf: Rinder geräumt, Kälber geräumt, Schafe ruhig, Schweine lebhaft. Die notierten Preise sind Schlachthofpreise, und zwar die Erzeugerpreise ab Verladestation sind etwa 15 bis 25 Prozent geringer.

Opferwillige Bauarbeiter.

Am Montag, den 21. Juli 1924, tagte eine überfüllte Versammlung der noch in Arbeit stehenden Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterbundes, in der Genosse Brill einen Bericht über die Ausperrung gab. Wie die Ausperrung durchgeführt sei, bewies die starke Versammlung. Das gebe den Versammelten und auch den Ausgesperrten die Kraft, um den Absichten der Unternehmer erfolgreich Widerstand zu leisten. Da selbst ein großer Teil der Unternehmer erkannt habe, weshalb der Arbeiterverband diese Ausperrung führe, und da diese nicht die Absicht hätten, zu Liebe einiger alleingelassener Danziger Firmen sich abzuwehren, haben sie sich mit an der Ausperrung beteiligt. Unter anderem schloß der Arbeiterverband die Aufgabe, die die Arbeitenden während der Ausperrung zu erfüllen haben und empfahl die Annahme eines Antrages des Vereinsbeirates, der forderte, daß jeder arbeitende Maurer 7,00 Gulden, jeder arbeitende Hilfsarbeiter 6,00 Gulden und die in anderen Gewerken bei niedrigerem Lohn beschäftigten Kollegen 4 Gulden Extrabeitrag zu entrichten haben. In der darauf folgenden Aussprache wurde von einigen Kollegen die Forderung eines über diese Sätze hinausgehenden Extrabeitrages in Vorschlag gebracht. In seinem Schlußwort wies Genosse Brill darauf hin, daß der Vereinsbeirat alles geprüft und erwogen habe, den Opfermut der Kollegen anerkennt, zurzeit aber keine Ursache vorliege, einen höheren als den vom Vereinsbeirat vorgeschlagenen Extrabeitrag zu erheben. Er empfahl den Kollegen, die höhere Forderung unterbreitet hatten, ihre Anträge zurückzuziehen. Dem Wunsche wurde Rechnung getragen und der Vorschlag des Vereinsbeirates angenommen.

Protest gegen das Aufwertungsgesetz.

Der Hypothekengläubigerverband, Ortsgruppe Langfuhr, hielt dieser Tage eine sehr auf beachtliche Mitlieder versammelte Sitzung ab, um zu dem Gesetzentwurf des Senats über den Aufschlag der Wertverwertung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Verbands, Oberlehrer Wilms, berichtete in längeren Ausführungen über die wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs und kam zu dem Ergebnis, daß auf dieser Grundlage eine gezielte Regelung der Aufwertungsfrage nicht erfolgen dürfte. Soll diese Frage gezielte geregelt werden, so müßte dieses in gerechter und billiger Weise geschehen, wofür der dem Volkstag feierlich von dem Hypothekengläubigerverband eingereichte Gesetzentwurf als praktische Grundlage gelten könne; jede andere rohe gewaltsame Lösung müßte die schwersten Erschütterungen und Konflikte im Gefolge haben. Eine entsprechende Entscheidung wurde einstimmig angenommen.

Sandburgenbauen in Zoppot.

Der Zoppoter Strand zwischen Seesteg und Nordbad war gestern in einen großen Bauplatz verwandelt. Wie in den letzten Jahren hatte die Badverwaltung auch in diesem Jahre wieder zu einem Sandburgenbauen aufgerufen. Der Wettbewerb war ein recht großer und so konnte man die kleinen Baumeister von morgens 9 Uhr in rastloser, eifriger Tätigkeit sehen. Allerlei Projekte waren geplant, mit großer Ausdauer und Geduld schaffte man sie an ihren Werken. Der Wettersturm selbst schien seine Freude daran zu haben, machte er doch den ganzen Tag über ein gar freundliches Gesicht und gabot sogar dem Winde Schweigen, der im vorigen Jahre den Bauenden manchen Verdruß bereite, indem er mit vollen Waden den Streusand über die Bauplätze blies, sodaß mancher immer wieder von vorne anfangen mußte. Um 5 Uhr war die Arbeitszeit beendet und man konnte die verschiedensten Bauwerke bewundern, so z. B. Zoppoter Wappen, Zoppoter Bahnhof, einen Bauernhof, eine Burg, Kirche von Pillau, Kaken, Küstern, einen großen roten Turm, eine Bruchmauer, Festung, ein Kastell, einen Totenkopf und vieles andere. Die Preisrichter wählten ihres recht schwierigen Amtes, die nach Punktzahl werteten. Um 6 Uhr fand die Preisverteilung statt. Mit 15 Punkten gingen hervor: Bamel Zofacki und Horst Gildewand; mit 14 Punkten: Herbert Tomaszewski, Herbert Kaminski, Eva Herbach, Horst Dackner. Die Gewonnenen konnten sich ihre Preise selbst aussuchen. Bis zum letzten Abend erfreuten sich die Bauwerke der Bewunderung zahlreicher Besucher.

Von der Kultur des Krieges. Gerade von der Rechten wird ja die Kultur der Familie in hohen Tönen gepriesen und noch heute sind die Sozialdemokraten in den Wirren dieser Reaktionen Menschen, die die Familie auflösen wollen. Wo aber die wahren Berührer des Familienalters sind, das zeigen uns die neuen amtlichen preussischen Feststellungen darüber, in welchem Maße der Krieg die Ehegatten auseinandergerissen hat. Während im Jahre 1913 der Tod unter 1000 Familien 24 töte, nahm er im Jahre 1914 unter 1000 Ehefrauen bereits 32 den Mann und im Jahre 1915 45. Im Durchschnitt war im Kriege die Zahl der Fälle, in denen der Tod den Gatten nahm, 43 Prozent höher als vorher. Aber trotzdem heßt man drüben weiter zum Kriege, während die Sozialdemokratie aus dem Frieden des Heims heraus die Kultur erhofft. Das sollten sich die Frauen ins Herz hinein-schreiben.

Ein Messeplakat in polnischer Sprache. Das Preisaußschreiben für ein Messeplakat in polnischer Sprache für die II. Danziger Internationale Messe hat insgesamt 11 Künstler veranlaßt, Entwürfe einzureichen. Das Preisgericht tagte am Montag unter dem Vorsitz des Herrn Oberbaurats Professor Rühmer und beschloß einstimmig, den Entwurf des Warschauer Künstlers Emil Lindeman mit dem ersten Preis auszuzeichnen. Der zweite Preis wurde dem Danziger Künstler Nefir Meflin zuerkannt. Der mit dem ersten Preis ausgezeichnete Entwurf wurde zur Ausführung bestimmt.

Standesamt vom 23. Juli 1924.

Todesfälle. Arbeiter Eduard Steinf, 65 J. 2 Mon. — Sohn des Eisenbahnwerkmeisters Friedrich Ebert, 3 J. 1 Mon. — Tischler Augustin Bohmann, 74 J. 6 Mon. — Kunstmaler Ludwig Petraschke, 73 J. 4 Mon. — Nachschiff 1 Tag.

Aus dem Osten

Elbing. Ein rätselhafter Diebstahl beschäftigt augenblicklich die Ermittlungsbehörden. Aus dem Dienstzimmer der Elbinger Gefängnisinspektion sind die Gefängnis-Arbeitskassette mit 1200 Goldmark und die gesamten Afferware (d. h. die den Gefangenen abgenommenen und aufbewahrten Verriegelungsköpfe, wie Taschenuhren, Ringe usw.) spurlos verschwunden.

Königsberg. Der Rückgang der Arbeitsgelegenheiten hielt in der Berichtswochc in der Provinz Ostpreußen an. Abnahmangel und Geldknappheit veranlaßten zu weiteren, zum Teil umfangreichen Betriebs einschränkungen, von denen kleinere wie größere Unternehmungen der verschiedensten Gewerbebezüge betroffen wurden. Die Vereinzelte im Gange befindlichen öffentlichen Arbeiten konnten keine nennenswerte Entlastung bringen. Die am 16. Juli erfolgte Beendigung der Aussperrung im Hock- und Tiefbaugewerbe wird sich in ihrer Auswirkung auf den Arbeitsmarkt wohl erst allmählich bemerkbar machen. Im ganzen war eine erneute Zunahme der Arbeitsgelegenheiten und der Erwerbslosenziffer zu verzeichnen.

und an den schwersten Erkrankungen der drei Personen die

Marientburg. 80 000 Eier verbrannt. Feuer entstand am Dienstag im Lager Speicher des Eiergroßhändlers Paul Neumann am Güterbahnhof. Den gemeinschaftlich arbeitenden Feuerwehren des Bahnhofes, der Stadt und des Dorfes Neuschlaggen gelang es, das Feuer zu löschen, jedoch flammte bald danach das Feuer von neuem auf und zuckte den Speicher wieder in Brand. Wenn auch die Flammen in dem Padmaterial gute Nahrung gefunden hätten, gelang es dennoch, das innere des Speichers zu retten. Im Speicher lagerten etwa 80 000 Eier, die in den nächsten Tagen verkauft werden sollten und nun jämmtlich vernichtet wurden. Der Schaden dürfte durch Versicherung gedeckt sein.

NEW YORK

Aus aller Welt

Nach ein Opfer Haarmanns. Die Eltern eines 19jährigen Himmereis in Düsseldorf haben unter den im Besitz des Haftenmörbers Haarmanns gefundenen Kleibern Böden ihres Sohnes erkannt, der in Hannover spurlos verschwunden ist. Als Haarman die Photographie des vermißten Düsseldorf's jungen Mannes sah, erklärte er den ihm gegenüberstehenden Eltern, daß er ihn ermordet habe. In der Empörung wollte der Vater des Ermordeten Haarman mit seinem Einst niederschlagen.

Ein Pilot im brennenden Ballon. Eine aufregende Szene spielte sich kürzlich im Park der Ausstellung in Nantes ab, wo der Pilot Valère Vermeire vor einer zahlreichen Menge von Zuschauern im Antifallon aufstieg, und es ihm ein wahres Wunder, daß die Szene seinen tragischen Ausgang nahm. Er hatte sich kaum in die Luft erhoben, als ein lähmender Windstoß den Ballon faßte und gegen die Kräfte der nahegelegenen elektrischen Leitungen hindrängte. Daß der Hülle entströmende Gas fing sofort Feuer und der Ballon

~~CONFIDENTIAL~~

Kennort in Erbsengengefahr? Professor David Todd,

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahn-

Drei Todesurtheile. Vor dem Schwurgericht in Münster standen die beiden Arbeiter Strub und deren Mutter. Auf Anstiften der Frau hatten die beiden Erigenannten den Ehemann Strub, der gegen Frau und Kinder sehr gewaltthätig gewesen war, ermordet. Das Urtheil lautete gegen alle drei auf Todesstrafe.

bet auf 2005[1]e.

Der Mord in Vertheßhafen. Der Mord an dem Ver-

100

SECRET

und wirtschaftlichen Einflusses auf die Verhandlungsbereitschaft

Engros-Lager Danzig, Kellerei 3

**Die Geschichte einer Frau
von Hans Müller-Schub.**

Junger Jüngling warde meine Mutter. Immer schneller
und eifriger, wie es das Alter und die nützliche Sorge
in mich zu bringen.

[illegible]

John and John, Dad

36. Aussagen für die Öffentlichkeit zu machen kann kein Mensch

Das Hotel wird morgen brennen, so hat Edgar behauptet.

2. Other amounts in aid of Government, other than

Section Header

Der Name wird fest gesetzt!

SECRET

In Deinem Schutze freileb' . . .

Hand 08 Ich auch von Deinetm Tadeln keine Meinung hatte.

Schöne und zu vernünftigen Preisen. Auf Wunsch liefern wir auch zu besonderen Preisen.

**Denn der Himmel ist weiß, klar und blau, und nur
die Punkte der Erde verblühen ihm vor unseren Augen.**

Benutzungen, die im Fort der Erwerbsleistung

Der ganze Saal hat sich hinter erhoben — Einigen

~~SECRET~~

Seiſt ſie Klammern find.

Mit beiden Händen.

Da wurde heftig an der Hauswand geklopft: schrill

Das Schicksal hatte seine Hand auf die Klirke gelegt.

— bu hand by language and behavior and, and let
an offener.

lockes, flammendes Gesicht mit breiten Backenröthen, Rost
 schimmernden Haaren um die Mundwinkel einen Rost, ost-

War es die Disharmonie in dem Anang des Priesterthums, war es der räthselhafte, lachende Blick, der mich gefangen

Er sprach flüchtig, wenn auch nicht steif, deutsch.

Da es waren Zimmer genug frei: der Herr hatte

Sister aus Dreien.

100-443887-100

Der Weg zur Arbeit.

Infolge der gesundheitlichen Schädigungen, die aus der Zusammenballung in den Industriestädten für die Arbeiter erwachsen, strebt man immer mehr danach, ihre Wohnungen möglichst außerhalb des Umkreises der Fabriken in gesunde ländliche Gegenden zu verlegen. Dadurch wird der Arbeiter aber wieder gezwungen, täglich einen größeren Weg zur Arbeitsstätte hin und dann wieder nach Hause zurückzulegen. Es fragt sich nun, ob dieser lange Weg zur Arbeit nicht gesundheitliche und wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt, und ob die hygienischen Vorteile einer mehr ländlichen Siedlung nicht durch andere Faktoren vermindert werden.

Ueber diese wichtige Frage haben zwei Heidelberger Ingenieure E. G. Drefel und Ch. Grabe eingehende Untersuchungen an der Arbeiterstadt der in Kirchheim bei Heidelberg gelegenen Hütten- und Waggonfabrik angestellt und berichten über ihre Ergebnisse in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Sie teilten die Arbeiter nach ihrem Alter und der Art des Wohnens in fünf Gruppen ein. Dabei ergab sich, daß die älteren Arbeiter überwiegend in denjenigen Gruppen sich fanden, die der Arbeitsstätte am nächsten liegen. Die älteren Arbeiter sehen also schon von selbst ein, daß sie den Zeit- und Müheaufwand für den Weg nicht mehr bestreiten können. Da anzunehmen ist, daß die Arbeiter mit langem Arbeitsweg schon stark ermüdet in die Fabrik kommen und durch den Arbeitsprozeß die Ermüdung schneller gesteigert wird, so muß sich das auch in der Unfallgefährdung zeigen. Eine genaue Statistik ergab, daß die geringste Zahl von Unfällen sich bei dem im Fabriksort wohnenden Arbeiter findet; sie steigt dann in den andern Wohngruppen an und erreicht ihren Höhepunkt in der fünften Wohngruppe, die am weitesten entfernt liegt. Zusammenfassend ergibt sich: „Die Unfallhäufigkeit wächst mit dem zunehmenden Zeit- und Müheaufwand für den Weg. Landwirtschaftliche Tätigkeit in der Freizeit, besonders vor Arbeitsanfang im Werke, wirkt dabei mit.“

Ähnliches konnte bei der Zahl der Erkrankungen beobachtet werden. Am wenigsten Krankheitsfälle kamen bei den beiden Wohngruppen vor, in denen der Arbeitsweg am kürzesten und leichtesten war. Die andern Gruppen stehen viel ungünstiger da, so daß der Schluss nicht von der Hand zu weisen ist, daß der längere Weg zur Arbeit die Erkrankungsanfälligkeit der Arbeiter wesentlich steigert. Schließlich ist auch die Ausnutzung der Arbeitszeit bei den weit entfernt wohnenden wesentlich ungünstiger als bei den am Wohnort Arbeitenden; die Stunden- und Tagesverläumdungen nehmen mit der größeren Entfernung von der Arbeitsstätte zu.

Die „Wendelwandlungen“, wie der Verfasser die längere Zeit- und Mühefahrt der Arbeiter zur Fabrik nennen, verursachen also körperliche, wirtschaftliche und wahrheitsgemäß auch seelische Schäden und bedürfen der Abhilfe. Sogar die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, dann auch nachdrückliche Förderung des Wohnungsbau durch die industriellen Unternehmungen selbst und nicht zuletzt ein durch die Gemeindefunktionen und Behörden zu vermittelnder Austausch der Arbeiter untereinander zur Abklärung der Wege könnte manche Verbesserung bringen.“

Eine Tagung der Arbeiterportler.

Eine Vorstandskonferenz der Freistaatsvereine der Arbeiterturner tagte am Sonntag in Albrechts Hotel in Heubude, die durch mehrere aus vorgelagerten Gefängen der „Friedhof“-Heubude eröffnet wurde. Ein längeres Referat des Turngenossen Post löste lebhafteste Diskussion aus, wobei die Bundesdelegation und die Spartenfrage die große Rolle spielten. Der geplante Ausbau des Exerzierplatzes der Herrengartenfaserne zum Bundesklubhaus soll nach dem im Jahre in Angriff genommen werden. Der Verbreitung des Arbeiterportgedankens auch auf dem Lande und dem organisatorischen Aufbau der Vereine soll die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Weiter wurde eine Umkleelung des Kartells für Körper- und Geisteskultur angesetzt. Turngenossen Dr. Bing ging auf die augenblickliche Situation im Freistaat ein, gab den Delegierten merkwürdige Nachrichten für die Arbeiter innerhalb der Vereine und warnte vor dem „Spartenstimm“, der durch Beschläge des Bundesstaates stark umgrenzt ist. Nachdem eine Menge Anträge angenommen oder der Bezirksverwaltung als Material überwiesen

waren, wurden nach geschäftlichen Mitteilungen folgende Besatztermine bekanntgegeben: 10. August: Schwimmfest in Heubude. 17. August: Propagandaabend in Marienburg. 7. September: Auscheidungskämpfe für das Kreismeisterturnfest. 14. September: Feichtathletische Bezirksmeisterkämpfe. 5. Oktober: Geländelauf in Schildis. 16. November: Vereinswettrennen in Langfuhr. Mit der Aufforderung an die Vereine zu reger Beteiligung an der am 3. August stattfindenden Veranstaltung der Liga für Menschenrechte fand die Tagung ihr Ende. — Am Sonntag, den 27. Juli, veranstaltet der Verein „Richte“-Odra ein Sportfest, das auf dem Sportplatz in Odra und in der „Othahn“ in Odra stattfindet.

Dauerföigung der Odraer Gemeindevorsteher.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Gen. Ostrowski dagegen Einspruch, daß die von ihm eingebrachten Anträge nicht im vollen Wortlaut veröffentlicht worden sind. Ein rechtzeitig eingebrachter Antrag auf Erhöhung der Armenunterstützung auf monatlich 50 Gulden stand nicht auf der Tagesordnung, weil nach einer Mitteilung des Bürgermeisters die neuwählende Armenkommission sich damit beschäftigen soll. Diese Angelegenheit sofort als dringlich zu behandeln, lehnte die Versammlung ab. Während der Besprechung dieser Frage wurde es unter den anwesenden Zuhörern etwas laut, was den Bürgermeister Greuburg veranlaßte, die Räumung des Zuschauerraums anzudrohen. Der Einspruch des Herrn Domroffe gegen die Schließung wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Die Kommissionen wurden nach den Vorschlägen der Wahlvorbereitungskommission gewählt, nachdem ein Antrag Annahme gefunden hatte, daß die Beamten in den Kommissionen nur beratende Stimme besitzen sollen.

Bei der Wahl des Sparkassen-Vorstandes kam ein Schreiben des Gen. Ostrowski zur Verlesung, in dem dieser Protest erhebt, daß gegen Mitglieder des bisherigen Sparkassenvorstandes durch Gemeindevorsteher nur auf Vermittlung hin der schwere Vorwurf erhoben worden ist, sie hätten das Bankgeheimnis nicht gewahrt. Nach langer Debatte wurden gewählt als Vorstandmitglieder Kahlen, Janzen, Krause und als Stellvertreter Knaak, Gollmann, Schmolz. Für die Wahl der Schuldeputation lagen drei Wahlvorschläge vor, und zwar von den Deutschnationalen, dem Zentrum und von den Kommunisten. Die ersten beiden Wahlvorschläge waren verbunden und da auf der Zentrumsliste der Vertreter der Polnischen Partei aufgeführt war, machten die Mitglieder der Linksparteien den Deutschnationalen den Vorwurf, in diesem Fall sich mit den Polen verbunden zu haben. Es wurden gewählt Knaak, Gollmann, v. Sojceff. Das Wahlergebnis löste bei den Linksparteien große Empörung aus. Gen. Ostrowski protestierte dagegen, daß den Vertretern der Arbeiterparteien das Recht zur Vertretung der Interessen der Arbeiterkinder entzogen worden ist. Punkt 4 und 5a wurden verlesen.

Die Schaffung von Arbeiterwohnhäusern und die Aufnahme einer Anleihe für Wohnungsbau wurde dem Gemeindevorstand zur Beratung vorgelegt. Von dem Volkstag für diesen Zweck zur Verfügung gestellten 2 Millionen Gulden entfallen auf die Gemeinde Odra höchstens 100.000 Gulden. Der Gemeindevorstand verweist deshalb, eine Anleihe anzunehmen, zu deren Verzinsung die Wohnungsbaukassen dienen soll. Es wurde beschlossen, beim Senat wegen Gewährung einer Anleihe zum Bau von 1- und 2-Zimmerwohnungen vorzulegen zu werden. Der Gemeindevorstand soll außerdem versuchen, andererseits Geld zu bekommen und soll mit dem Bau möglichst schnell beginnen werden.

Nachdem die Arbeiten zu tariflichen Löhnen wurden in einem weiteren Antrag gefordert, Bürgermeister Dr. Greuburg teilte mit, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr besonders groß sei und daß in Odra zurzeit bereits 400 Erwerbslose vorhanden seien. Der Gemeindevorstand hätte deshalb schon mit Notstandsarbeiten begonnen, und zwar Wasserbeschaffung in der Ludwigs-Strasse, für die 16.500 Gulden bewilligt wurden, und Planierung der Friedhofstraße, für die 1500 Gulden bewilligt wurden. Gestagt seien außerdem die Planierung der Zimmerstraße, Ausbau der Friedhofstraße, Verrohrung des Viertels Humboldtstraße. Nachdem beschlossen wurde, daß bei Notstandsarbeiten nicht der Gemeindevorstand, sondern der jeweilige amtierende Arbeiterführer und Arbeitnehmer geltende Tarif maßgebend sein soll, wurde gegen 11 Uhr nachts die weitere Beratung vertagt.

Verrentkolonien für Strafgefangene. Einen bedeutenden Schritt auf dem Wege der Gefangenensfürsorge hat man jetzt in England getan. Die aus London gemeldet wird, wurden etwa vierzig Gefangene, die zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt waren und sich durch gute Führung auszeichneten, aus dem Gefängnis von Wandsworth nach der Insel Wight überführt, um hier für drei Wochen Ferienaufenthalt zu nehmen. Sie wurden zu diesem Zweck in einem besonderen Lager untergebracht. Abgesehen von den der Sanberkeit dienenden Vorrichtungen sind sie zu keiner Arbeit gezwungen und können ihre Zeit mit Lesarten und Sportspielen im Freien verbringen. Wenn der Versuch das hält, was man sich von ihm verspricht, soll die Neuerung auch auf andere britische Gefängnisse ausgedehnt werden.

Echt keine unbekannten Pilze! Das Einsammeln von Pilzen, dieser wohlthuenden und nahrhaften Gabe unserer Wälder, hat nun wieder begonnen und damit die Gefahr der Pilzvergiftungen in erschreckendem Maße gesteigert. Fast täglich melden die Spalten unserer Zeitungen Fälle von Pilzvergiftungen auf, bei denen bereits mehrere Mitglieder einer Familie dem Genuß giftiger Pilze zum Opfer gefallen sind, wiederum andere aber schwer krank dastehen. Charakteristisch für diese Vergiftungsformen ist das Auftreten der ersten Krankheitserscheinungen — meist Brechen und Durchfall — nach 12 oder mehr Stunden, während die schweren, bei Nichtbeachtung fast zum Tode führenden Symptome erst nach 24 bis 72 Stunden sich zeigen. Für die Schwere der Vergiftung ist die Menge der aufgenommenen Pilze in der Mehrzahl der Fälle ohne Belang. Von einschneidender Bedeutung ist, daß möglichst sofort nach Auftreten der ersten Vergiftungserscheinungen die betroffenen Personen sich in Behandlung begeben, denn je eher eine zweckmäßige Behandlung mit den unerlässlich nötigen Hilfsmitteln eingeleitet wird, desto größer sind die Aussichten auf Besserung der sonst in 70 Prozent tödlichen Vergiftungen. Selbst wenn die Anfangsbehandlung zu veranlassen, denn nur so ist es möglich, die Vergiftungen überhaupt zu verdrängen oder aber zum mindesten die nicht unbeträchtliche Zahl der jährlichen Todesopfer zu verringern. Sammelt daher nicht alles, was ihr findet, sondern nur euch ganz sicher bekannte Pilzarten, gute und gesunde Speisepilze.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 22. 7. 24
1 Billion Reichsmark 1,36
1 Rentenmark 1,36 Gulden.
1 Dollar 5,72 Danziger Gulden
1 Loty 1,09 Danziger Gulden.
Berlin, 22. 7. 24
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,4 Billionen Mk.
Danziger Getreidepreise vom 16. Juli (Ämtlich.) In Danziger Gulden per 50 Ka. Weizen 12,70—13,50, Roggen 7,85, Gerste 8,70, Hafer 8,70—9,00.

Wasserstandsberichte am 23. Juli 1924.			
	21. 7. 22. 7.		
Kowischort	+0,86 +0,90	Kurzbrack	+0,80 +0,79
	21. 7. 22. 7.	Montauerpöge	+0,28 +0,27
Warschau	+1,15 +1,12	Pielich	+0,28 +0,20
	21. 7. 22. 7.	Dirschau	+0,03 +0,04
Plock	+0,51 +0,50	Erlage	+2,32 +2,28
	22. 7. 23. 7.	Schleichenhorst	+2,56 +2,52
Thorn	+0,28 +0,26	Nogat	
Fordeu	+0,39 +0,38	Schönan O. P.	+6,70 +6,66
Eulm	+0,34 +0,30	Galgenberg O. P.	+4,58 +4,60
Brandenburg	+0,31 +0,29	Reinhofenbush	+1,74 +1,74
		Arnswalde	+ +

Bersamlungs-Anzeiger

Arbeiter-Jugend Langfuhr. Heute 7 Uhr: Lesabend.
Arbeiter-Samariter-Bund. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr: Ueben auf dem Wilschberg. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.
Arbeiter-Jugend-Bund (Musikgruppen.) Freitag, den 25. Juli, abends 7 Uhr im Danziger Heim (Schule Schwarzes Meer): Uebungsabend für alle Musikgruppen.

Mein arischer Junge.

Ich sitze mit meiner Frau und meinem dreijährigen Jungen im T-Bug. Mein Bubi hat einen strohgelben Wischellof und wasserblaue Augen. Auf einer Station steigt eine Dame in unser Abteil. Sie sieht wie eine angeführte Ledererin am Museum oder wie eine Offiziersfrau a. D. aus. Als Großmutter trägt sie ein Sakentress. Der Junge wundert sich, weil er sie nicht kennt. Sie lächelt über seine drohenden Fragen. Plötzlich legt sie los: „Ach, ich bin ein schönes Kind, ein richtiger arischer Junge.“ — germanische Vollpracht, in dem leuchtend blauen Blut, das nicht man gleich am Paar und an den Augen.“

Meine Frau und ich sehen uns schweigend an.
Die Dame schwärmt weiter, schließlich sagt sie: „Nicht wahr, Sie achten darauf, daß dieses edle Rotblut nicht fälschlich vermischt wird, wie es leider so viele germanische Familien anfallen?“

„Verzeihen Sie,“ erwiderte ich höflich, „ich kann meinem Jungen doch nicht verbieten, eine Rüdin zu heiraten. Und dann ist die ganze Rassenfrage doch nur eine Theorie.“

„Eine Theorie?“ Erkannt und mißtraulich sieht mich die Dame an.

„Aber natürlich — rechnen Sie zum Beispiel die Franzosen und die Polen zur arisch-germanischen Rasse?“

„Um Gottes willen, das sind ja mit die minderwertigsten Völker Europas!“

„Das ist sehr schmeichehaft; — aber wie wollen Sie die Rassenreinheit feststellen?“

„Gewiß ist das nicht immer möglich, aber an Ihrem Kinde sieht man doch deutlich, daß in Ihrer Familie kein schlechtes, fremdbürtiges Blut fließt.“

„Bedauere, Sie irren. Ich komme aus einer alten französischen Engenottenfamilie, die nach Deutschland ausgewandert, und die Vorfahren meiner Frau waren Polen. Sie sehen, was für ein hübsches Versehen aus einer polnisch-französischen Blutmischung im Laufe der Generationen werden kann.“

Während ich das ruhig und verbindlich lächelnd sage, erhebt sich die arische Dame und nimmt ihren Koffer aus dem Zug.

„Es ist schrecklich! Jetzt bleiben diese Fremdbürtigen in den Wäldern schon die Paare, um die arische Rasse zu erhalten!“

„Ja, und die Frauen haben mit dem Hengel mit Wäldern nichts zu tun!“ rufe ich der Vogelweibchen nach. Die arische Dame schließt ins Schloss knast.

Meine Frau und ich aber lachen Tränen, und unser Bubi steht dabei und fragt nach dem Grund. „Was?“

„Kein Strohdach und keine Blauen!“

Dänische Expeditionsfahrt nach Grönland. Am 20. Juli in der dänische Viermastschoner „Gertrud Raft“ von Kopenhagen nach Angmagalik an der Küste von Grönland abgefahren. Diese Fahrt ist besonders interessant, weil das Schiff einmal die 21 Mann starke Besatzung des „Tedd“ zurückbringen will, der seit 1923 vermisst war. Erst vor wenigen Wochen kam die Nachricht, daß die Mannschaft gerettet sei und sich in Angmagalik befindet — und zweitens, weil sie Material für die Errichtung einer drahtlosen Station in Angmagalik mit sich führt. Man hofft, daß die feste Station im Sommer oder Herbst nächsten Jahres zu arbeiten anfangen wird. Es soll außerdem eine provisorische Station errichtet werden, die schon im Winter funktionieren wird. Die „Gertrud Raft“ hat den amerikanischen Leutnant Schulte an Bord, und führt außerdem Material und Lebensmittel für die amerikanischen Weltflieger mit sich. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch der französische Gelehrte Doumaire an Bord ist, der das Leben der grönländischen Eskimos studieren will.

Ein Kritiker-Protest. Die Vereinigung der Hamburger Schauspielkünstler lehnte die Besetzung der „Postlagerkarte 31“ und der „Weltgeheimnisse“ im Hamburger Schauspielhaus ab. Nachdem Eilcke ähnlicher Art schon im Komödienhaus und Karl-Schulze-Theater gespielt worden sind, hält es die Vereinigung für mit Recht und Würde der Kritik unvereinbar, über Aufführungen zu berichten, die weder mit Kunst, noch mit geistlicher Unterhaltung etwas zu tun haben, sondern nur die Absicht verfolgen, in unaufrichtiger Weise das Reich des Gros für Spekulationszwecke zu mißbrauchen.

Zwei Jahre taubstum. Zwei Jahre lang hatte der Arbeiter Schneider den Taubstummen gestellt. Seitdem er nämlich im Buchhaus zu Brandenburg sah, um eine siebenjährige Straße zu verheizen. Alle Mittel, den Häftling zum Sprechen zu bringen, verhielten. Der Arzt des Buchhauses konnte nicht entscheiden, ob es sich um Simulation oder einen Amerikanerfall handelte. Dieser Tage war Schneider aus dem Buchhaus dem Schöffengericht Schöneberg vorgeführt worden, um sich, zusammen mit den Arbeitern Groß und Kiesel, wegen eines im Juli 1922 verübten Einbruches in ein Warenlager zu verantworten. Auch vor Gericht machte er sich durch die Weigerung, zu sprechen, und durch Wiederholungen der Taubstummheit zu machen. Auf Zureden des Vorstehenden schrie Schneider schließlich auf einen Reiz, daß er sprechen könne und werde, wenn man ihn ruhig anhören werde. Nachdem ihm diese Zusage gegeben war, sprach er mit einem Male in lauter und klarer Stimme in flehender Rede. Der Einbruch bei einem Einfuhragenten in der Wilschberg-Strasse sah er auf die beiden Mitangeklagten. Die beiden andern Angeklagten schrien alles. Das Gericht verurteilte ihn aber wie Groß zu 2 1/2 Jahren Buchhaus. Kiesel, der ein schwerer Vandal und minderwertiger Mensch ist, erhielt 1 Jahr Gefängnis.

Drei Tage im Nebel auf einem Gleis. Ein Telegramm aus Grenoble meldet eine gefährliche, aber glücklich überwandene Bergtour zweier Alpinisten, eines Pariser Studenten und eines jungen Mädchens aus der französischen Schweiz. Die beiden verbrachten drei Tage und zwei Nächte auf einem Gleis im Nebel und waren dem Verhungern nahe. Sie verließen Chalet de la Pra mit der Absicht, über die Gletscher von Grenoble zu klettern. Sie kamen bald in unüberwindlichen Nebel, und da sie den Rückweg nicht fanden, mußten sie die Nacht auf dem Eise verbringen. Am nächsten Tage hob sich der Nebel nur auf einen kurzen Augenblick. Sie erkannten, daß sie sich auf einem steilen Abhang befanden, mo kein Weg nach unten führte. Um die Schutzhütte de la Pra zu erreichen, mußten sie einen schwierigen Aufstieg unternehmen. Dabei führte der Student ab und schließlich in dem Nebel den Blick seiner Begleiterin. Das Mädchen rührte sich die ganze Nacht über nicht von dem Fels. Am nächsten Morgen fand es den Studenten verstorben und bewußtlos. Es konnte ihm nicht helfen, denn durch den Abstieg waren alle Vorräte verloren gegangen. Am dritten Tage lichtete sich der Nebel, und das mutige Mädchen nahm seinen Begleiter auf die Schulter. Aber es brach bald unter der Last zusammen. So krochen beide nach Chalet de la Pra zurück und kamen dort spät abends in vollkommen erschöpftem Zustand an.

Ein Vandalen-Bund für die Weltsprache. Frau Dore Sennen Morris geb. Alice Vandenberg hat angekündigt, daß sie einen Fonds von 250.000 Dollar beabsichtigt, um das Interesse des ganzen Publikums an den Gedanken der internationalen Hilfssprache wahrzunehmen. Frau Morris interessiert sich seit langem für dieses Problem und nimmt seit März 1923 aktiv an der Propaganda dafür teil. Sie ist Mitglied einer Studienkommission für die internationale Sprache, die von dem International Research Council of the USA. begründet worden ist. Diese Kommission und die Weltprache wird in ihrer Arbeit für den arischen Kulturfortschritt, den die Einführung einer künstlichen Weltprache wie Esperanto und Idio für die ganze Menschheit bedeutet, durch den von Frau Morris begründeten Fonds eine ungeheure Förderung erfahren.

Die Sprachen der Minderheiten in Litauen. Der Kommandant der Litauischen Armee hat eine Verfügung erlassen, nach der in einem gewissen Zeitraum sämtliche Schilder und Namensschilder in den Straßen Litauens nur noch in litauischer Sprache aufgestellt werden. Schilder in fremder Sprache dürfen nur auf Säulen oder im Innern der Gebäude angebracht werden. Diese Verordnung ist in Litauen große Erregung bei den Minderheiten ausgesetzt, besonders bei den Juden, die unter 87 Prozent sämtlicher Handelsunternehmungen in Litauen haben. Die Verordnung steht im Widerspruch mit der Staatsverfassung, die Sprachfreiheit in Litauen ge-

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Schwarze Tage an der Kopenhagener Börse. Die Zahlungseinstellung der Kopenhagener Diskonto- und Kreditsbank verurteilte in Kopenhagen eine Panik an der Börse. Die Aktienkurse gingen erheblich zurück, und die fremden Valuten in die Höhe. Die Aktien der Diskonto- und Kreditsbank wurden von der amtlichen Notierung gestrichen und im freien Verkehr nur noch mit 10 Prozent bewertet, nachdem sie vor kurzem noch mit 52 Prozent umgingen. Eine Sanierung der Bank gilt als ausgeschlossen, und es ist zu befürchten, daß das Aktienkapital in Höhe von 96 Millionen Kronen völlig verloren ist. Die Schwierigkeiten der Bank wurden durch verlustbringende Engagements begründet, welche schon im Jahre 1922 die beiden damals selbständigen Banken zur Verschmelzung zwangen, um sich überhaupt erhalten zu können. Damals hoffte man noch, diese verlustbringenden Engagements im Laufe der Zeit abstoßen zu können. Bei der schlechten Wirtschaftslage Dänemarks aber hat sich diese Hoffnung als trügerisch erwiesen, und die alten Engagements zwingen jetzt die Bank, ihre Zahlungen einzustellen.

Im Ruhrgebiet 19 Zechen stillgelegt. Aus Essen wird gemeldet: Die Zahl der Zechen, die wegen Abwinkels nicht ständig zu. Heute ruht der Betrieb auf nicht weniger als 19 Zechen.

Kredit oder Schicksal. Die Firma Heinrich Lang in Mannheim, die eine Stilllegung ihres Betriebes für den nächsten Monat angekündigt und ihren Arbeitern zu diesem Zeitpunkt gekündigt hatte, wird mit Rücksicht auf allerdings noch nicht abgeschlossene Verhandlungen über die Erlangung eines Kredits ihren Betrieb vorläufig auf acht Tage weiterführen.

Der Stinneskongress in der Türkei. Die der „Telegraph“ aus Konstantinopel meldet, entwickelt die Stinnesgruppe zuerst in der Türkei eine außerordentliche Aktivität. Der Stinneskongress verleihe, im Kampfe mit der englischen Konkurrenz und unter Ausnutzung seiner günstigeren Konditionen neue Absatzgebiete für deutsche Kohlen in der Türkei zu gewinnen. Ebenso sei der Stinneskongress bei allen Verhandlungen öffentlicher Arbeiten mit verhältnismäßig günstigen Angeboten vertreten.

Silberkäufe der polnischen Regierung in Amerika. Ende Juni sind die Verhandlungen abgeschlossen worden, welche der Vertreter der polnischen Regierung, Dr. Prokorski, zwecks Ankauf von 32 Millionen Unzen Silber mit den größten amerikanischen Silberproduzenten. Die polnische Regierung läßt das Silber in der Münze der Vereinigten Staaten prägen und empfangt achtraubwertiges Geld, nämlich 12 Millionen Ein-Motz-Stücke und 6 Millionen Zwei-Motz-Stücke.

Hard hat chemische Werke. Die Hard Motor Co., Highland Park, Detroit, in Michigan, ist im Besitz ihrer neuen chemischen Werke bei Iron Mountain, Michigan, fertigstellen und beschließt diesen Monat mit der Produktion zu beginnen. Die Werke verarbeiten Koks zu Kohlenprodukten, und der künftliche Umsatz der Produktion soll größer werden als bei irgendeinem der bereits vorhandenen ähnlichen Werke. Die Kraft wird durch eine elektrische Übertragungsanlage am Monmouth-Strom geliefert.

Das Spiritusmonopol in Polen. Der polnische Sejm hat das Gesetz über das Spiritusmonopol angenommen, dessen baldmögliche Einführung die Regierung als eine unerläßliche Ergänzung zu dem neuen Ermächtigungsgesetz zur Stabilisierung des Staatshaushaltes verlangt hat. In erster Linie war dabei das Betreiben entscheidend, die Pfandgrundlage für eine künftige auswärtige Anleihe zu schaffen. Die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol werden auf etwa 320 Millionen Polnisch veranschlagt, was etwa 20 Prozent des gesamten Budgets ausmachen würde. Dem Staatsfiskus wird das ausschließliche Recht zum An- und Verkauf des innerhalb der Landesgrenzen verbrauchten Spiritus, sowie die Herstellung und der Verkauf von reinem Branntwein vorbehalten. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1925, die Bestimmungen über die Regulierung der Produktion jedoch bereits in einem Monat nach der Verkündung in Kraft. Nach Annulierung aller bisherigen Konzessionen wird die Monopoldirektion eigene Verkaufsstellen errichten.

Deutlands Anteil am Handel Litauens. Deutschland ist der wichtigste Faktor im litauischen Handel. Seit Jahren steht es an erster Stelle im Außenhandel Litauens: 1921: 70,73 Proz. des Imports (53,1 Proz. des Exports); 1922: 73,9 Proz. (47,2 Proz.); 1923: 80,89 Proz. (43,6 Proz.). Januar-April 1924: 64,67 Proz. (39,95 Proz.).

Gewerkschaftliches u. Soziales

Streikbeschluß der englischen Elektrizitätsarbeiter. Eine im ganzen Land veranfaltete Abstimmung unter den Arbeitern der elektrischen Zentralen ergab eine große Mehrheit für einen Streik, um eine Lohnerhöhung von 10 Schilling pro Woche durchzusetzen.

Folgen der Verlängerung der Arbeitszeit. In einem Appell des Bergarbeiterverbandes an die öffentliche Meinung wird auf die seit Monaten sich in bedrückender Weise mehrenden Betriebsunfälle im Ruhrbergbau hingewiesen, eine Erscheinung, die sich übrigens auf alle Berufszweige der Industrie erstreckt. Das Steigen der Unfallziffern steht in engem Zusammenhang mit der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Verlängerung der Arbeitszeit. Innerhalb eines Zeitraumes von 8 Monaten habe sich die Zahl der Unfälle nahezu verdreifacht. Täglich ereignen sich in den Gruben und Grubenbetrieben mindestens 10 Unfälle. Es gibt Zeitabschnitte, in denen es täglich sogar 20 und mehr sind, davon durchschnittlich 1-2 Prozent tödlich. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes, also in einem Zeitraum von 8 Monaten, haben sich mindestens 30 000 Unfälle ereignet.

Der Achtstundentag in England. Die englische Gewerkschaftszentrale hat durch Rundfrage bei den angeschlossenen Organisationen festgestellt, in wie weit der Achtstundentag in England bereits durchgeführt ist. Von 133 Gewerkschaften mit 4 688 600 Mitgliedern sind Antworten eingelaufen. Danach ist die Lage folgendermaßen: 40-Stunden-Woche 24 900 Mitglieder. 42-Stunden-Woche 80 000 Mitglieder. 44-Stunden-Woche 35 000 Mitglieder. 46-Stunden-Woche 8 300 Mitglieder. 48-Stunden-Woche 11 500 Mitglieder. 47-Stunden-Woche 94 224 Mitglieder und 48-Stunden-Woche 1 496 133 Mitglieder. Es arbeiten also 3 524 714 Gewerkschaftsmitglieder 48 Stunden und weniger, das heißt Dreiviertel der Belegschaft. Bemerkenswert ist der große Prozentsatz der nur 42 Stunden pro Woche arbeitenden. In England gibt es aber bislang noch kein allgemeines Gesetz über den Achtstundentag. In Deutschland dagegen, wo der Achtstundentag durch die bekannte Verordnung des Reichsarbeitsministers gesetzlich festgesetzt ist, arbeiten nach der Erhebung des Reichsarbeitsministers mehr als die Hälfte der Arbeiter länger als 48 Stunden die Woche.

Kleine Nachrichten

Ruchthausstrafen wegen Landesverrats. Vom Straßenrat des Oberlandesgerichts Stuttgart wurde der schon einmal wegen Anwerbung Deutscher zur Fremdenlegion verurteilte Kaufmann Johannes Benck aus Stuttgart wegen erneuter Verführung Anwerbung sowie Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse zu 6 1/2 Jahren Ruchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Ebenfalls wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse erhielten der 23 Jahre alte Bankbeamte Eugen Fardot von Rauenberg, der 24 Jahre alte Schneidergeselle Joseph Volkman aus Alarholz, der 25 Jahre alte Hermann Eisenbraun von Winterbach, Oberkutscher beim Stad der Nachrichtenabteilung in Cannstatt, sowie der 21 Jahre alte Paul Walter von Schlattendorf, Oberkutscher bei derselben Abteilung, längere Ruchthausstrafen.

Die deutschen Aufwendungen für Kriegsschiffe. Im Reichstagsauschuss für Kriegsschiffe wurde der gegenwärtigen Verlebensrechnung und teile mit, daß die Zahl der Verlebensausgaben gegenwärtig 2 537 000 betrage. Die Gesamtausgaben betragen 710 Millionen Goldmark.

Neubau von zwei Riesendampfern? Aus Newport kommt eine Mitteilung, nach welcher der United States Shipping Board beabsichtigt, den Bau von zwei neuen Passagierdampfern zu vergeben. Es soll sich um Schiffe von je 32 000 Tonnen handeln, nach dem Typ des „George Washington“ mit einer Schnelligkeit von 20 Knoten und Dieselmotorenantrieb. Die Kosten sollen für jedes Schiff auf 15 Millionen Dollar festgelegt sein.

Schweden und die polnischen Ruchthäuser. Der Ruchtholzkonzerne in Schweden hat die Mehrzahl der Aktien aller Ruchtholzfabriken in Polen erworben. Die polnische Ruchtholzindustrie, die ihre Fabrikate nach allen Ländern Europas und sogar nach Mexiko und Indien verhandelt, bildet für die schwedische Industrie eine starke Konkurrenz. Die Schweden beabsichtigen, einige Fabriken in Betrieb zu erhalten, den Rest aber zu schließen.

Polnisches Flottenbauprogramm. In der Senatskommission in Warschau wurde das Flottenbauprogramm beraten. Der Kriegsminister Sikorski betonte die Notwendigkeit des Schutzes der Küste, der Seetransporte und des „Korridors“. Obgleich das offizielle Programm der Sowjetregierung eine Neutralisierung der Ostsee vorsehe, müßte im Kriegsfall dennoch mit einem Zusammenstoß Russlands und Deutschlands gerechnet werden. Der Admiral Pribicki entwickelte das Flottenbauprogramm; das Minimalprogramm rechnet mit der Anschaffung von 6 Unterseebooten und der Reparatur der vorhandenen 6 Torpedoboote, 2 Kanonenboote und 4 Hilfskreuzer, bei gleichzeitigem Hafenbau in Gdingen. Dieses Programm sieht eine jährliche Ausgabe von 15 Millionen Polnisch in einem Zeitraum von vier Jahren vor. Das Maximalprogramm rechnet mit einem jährlichen Kostenaufwand von 50 Mill. Polnisch für die Dauer von 12 Jahren; in dieser Zeit sollen gebaut werden drei kleine Kreuzer, 8 Zerstörer, 12 Torpedoboote, 12 Torpedomotorboote und 12 Unterseeboote.

Verantwortlich: für Politik Ernst Voors, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Ankerate Anton Focke, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Gehl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Mittwoch, den 24. Juli, abends 7 1/2 Uhr:
Liebelei
Schauspiel in 3 Akten von Arthur Schnitzler
In Szene gesetzt von Carl Strödel
Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, den 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male: **Ida**. Große Oper.
Freitag, den 26. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Der **Stecher**. Schauspiel.
Samstag, den 26. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Der **Idle Boy**. Schauspiel.
Sonntag, den 27. Juli, abends 7 1/2 Uhr: **Al-Heddelberg**.

Vorsicht!
beim
Möbel-Einkauf!
Wirklich billige Preise
für Schränke, Spiegel, Stühle.
→ **Einzelkäufer von 72 Gulden an** →
und besser.
Möbelhaus David,
Altstädter Graben 11.

Pfeifen

Tabake
billigst
Ernst Steinke
Altstädter Graben 21 a
und
Schütz, Krummer Ellbogen 2

Bibel-Forscher

Aufklärungs-Vortrag
am Donnerstag, den 24. Juli 1924, abends 8 Uhr
im Schützenhaus, Promenade
Thema: 1364
Der grosse Staaten-Zusammenbruch!
Was erwarten wir 1925
Judenregierung?
Eine ernste Warnung, ein erster Rat für alle.
Redner: K. Labuschewski, V. D. M., Berlin
Eintritt frei. **Vereinigung Israel-Beforscher.**

Infinit für
Gasföhrung
Pfefferstadt 71
1 Min. vom Haupt-
Sprechst. 6-7 Uhr

4 Spezialisten - Eigenes Laboratorium
Größe Platte Basins - 11 Jahre am Platz
Erstklassige Ausführung
in naturgetreuer, feststehender
Zahnersatz unter Berücksichtigung, daß die Gebisse angenehm leicht sind. Reparaturen und Umstellungen in einem Tage. Spezialität: Kronen- und Brückenarbeiten in Gold und Goldzinn. **Schmerzlos**.
Plombieren wird mit dem neuesten Apparat sehr schnell und gewissentlich ausgeführt.
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung, bei Bestellung vom Zahnersatz **kostenlos**. Dankeschreiben hierüber.
Die Preise sind sehr niedrig. Zahnersatz pro Zahn vom Zahnziehen mit Betäubung, Plombieren von **2 Gulden** an.
Anwesende Patienten werden möglichst an einem Tage behandelt.
Für alle besseren technischen Arbeiten langjährige Garantie für **Bestand**.
Tel. 2021 **Pfefferstadt 71** Tel. 2021
Sprechzeit: durchgehend von 8-7 Uhr; Sonntags 9-12 Uhr.

Ursprung Fräulein
in „Fräulein“
Eine halbmontatsschrift
mit farbigem Umschlag.
vielen Bildern im Text.
Unterhaltung u. Kurzweil
und schön Klodow
dem Fräulein zum Lachen!
Für 40 Pfennig besorgt das Heft
die
Buchhandlung Volkswacht
J. Gehl & Co.,
Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

Schleiferei
Hans-Dietrich-Maschinen, Kasiermesser, Kasierklängen
Tischmesser, Fleischmaschinen, sämtliche Scheren
Reparaturen
Hans-Dietrich-Maschinen, Kasiermesser, Kasierklängen
Tischmesser, Fleischmaschinen, sämtliche Scheren
Hugo Bröde Altstädter Graben Nr. 16
Elegante und Damen- und Kindergarderobe
wird frisch, billig und sorgfältig angefertigt. Einfache
Kleidungsstücke in 1-2 Tagen. Kostume von 25.- G an,
kleider von 7.- G an, Mäntel von 15.- G an,
Rock von 3.50 G an
Tel. 1011 J. P. Plackowski, Schneidermeister
Dortselbst sind eleg. und einfache Kleider, wenig
getragen, billig zu verkaufen.

Stempel- & Schilderfabrik
Hering
Marktgasse 6
13193
Kriegsbefähigter, verh.,
28 Jahre alt, sucht
Vertrauensstellung
als Bote, Pförtner oder
agl. Ang. u. V. 1287 an die
Expd. d. Volksstimme. (7)
Möbliertes Zimmer
für zwei Personen, z. B. Leute
od. zwei Damen, mögl.
mit eig. Betten, frei. (7)
Brabant 7, pl.
Grät. Mittagstisch
75 Pfennig, u. 12-5 Uhr.
Koch- & Kellner.